

- nen, die unentgeltliche Aufhebung der Jagd, die Ernennung der Kirchen- und Schuldiener durch die Gemeinden und die Einführung eines andern Maaßstabes zu Ausbringung der Parochiallasten betreffend; übergeben vom Abg. Schmidt 375
- 214) Zustimmungsadresse der Vaterlandsvereine zu Zschopau, Waldkirchen und Krumhermersdorf vom 12. Februar zu allen bisherigen Debatten der Volksvertreter —
- 215) Adresse der genannten Vereine an die Volksvertreter, eine Erklärung gegen Beschränkung der deutschen Grundrechte enthaltend —
- 216) Schriftlicher Bericht der vierten Deputation über die Bittschrift der Gemeinde Griesbach bei Zschopau, betreffend die Vermehrung des Gehalts ihres Schullehrers (Nr. 16 der Registrate) —
- 217) Schriftlicher Bericht der 5. Deputation, die Beschwerde der Schätzungsausschüsse in Erlbach, Gersdorf und Kirchberg, ihre Entschädigung betr. (Nr. 101 der Registrate) —
- 218) Petition der zur Golditzer Amtsmühle mahlpflichtigen Ortschaften Tannsdorf, Kolkschen ic. vom 3. Febr. wegen unentgeltlicher Aufhebung des Mahlzwanges 376
- 219) Petition des Stadtraths zu Geyer um fernere Gewährung und beziehentlich Erhöhung der jährlichen Beihilfe aus der Staatscasse für den dasigen Wundarzt Gruner zu Behandlung armer Kranken vom 14. Februar —
- 220) Petition des Vaterlandsvereins zu Geringswalde um Aufhebung der Todtenschau ohne Entschädigung der dabei theilhaftigen Aerzte —
- 221) Eingabe des Vaterlandsvereins im Hotel de Saxe zu Leipzig vom 14. Febr., den Antrag enthaltend, daß unter den sächsischen Officieren und Gardisten eine leichtfaßliche Druckschrift vertheilt werde, welche sie auf die jetzige geschichtliche Lage Deutschlands und auf die von ihrem Eide auf die Verfassung sich ergebenden Folgen in Beziehung auf ihre Stellung aufmerksam mache, und daß den damit sich nicht im Einklage Bekennenden ihre Entlassung nicht verweigert werde —
- 222) Erklärung des Penig-Mühlauer Vaterlandsvereins gegen die Minderung der Landtagsdiäten —
- 223) Berichtigung einer Angabe in der Petition des obgenannten Vereins wegen Einführung der Grundrechte (Nr. 170 der Registrate) —

- 224) Antrag der Abgg. Bruner u. Kell aus Dresden, daß der Bericht der zweiten Deputation über den Tzschirner'schen Antrag, die auf die preußische Circularnote zu ertheilende Antwort betr., als Beilage zu den Landtagsmittheilungen abgedruckt werde 376
- 225) Eingabe Friedrich August Schmidt's zu Dresden vom 8. Febr., die Flüssigmachung des im sogenannten Grünen Gewölbe liegenden Metallreichthums betreffend —
- 226) Das königliche Gesammtministerium übermittelt unterm 17. Februar ein Exemplar des Dienstreglements vom Jahre 1833 für die Bibliothek der Kammern —
- 227) In einer von der ersten Kammer unter demselben Tage mitgetheilten Eingabe des Vaterlandsvereins zu Reibersdorf erklärt derselbe sein Einverständnis mit dem vom Secretair Frißsche auf Abänderung der jetzt noch über den Verlust der politischen und bürgerlichen Ehrenrechte bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gerichteten Antrage —
- 228) Eine von der ersten Kammer mitgetheilte Zustimmungsadresse des Vaterlandsvereins zu Neusalza zu dem bisherigen Verhalten des versammelten Landtags im Allgemeinen und insbesondere in der Adressfrage —
- 229) Vertrauensadresse des aus 4700 Mitgliedern bestehenden hiesigen Vaterlandsvereins, worin die Zustimmung zu den Anträgen und Beschlüssen der Mehrheit der Abgeordneten ausgesprochen wird; ebenfalls von der ersten Kammer unterm 17. Febr. mitgetheilt —
- 230) Petition der Gemeinde Promnitz vom 16. Febr. wegen Fortsetzung des bei dem Dorfe Grödel begonnenen Dammbaus bis zur Riesaer Eisenbahnbrücke aus Staatsmitteln —
- 231) Petition des Vaterlandsvereins zu Taucha, Döbitz und Dewitz, Paunsdorf und Liebertwolkwitz vom 15. Febr. um Ausdehnung des Stimmrechts auf alle volljährige Staatsangehörige —
- 232) Dank- und Vertrauensadresse des Vaterlandsvereins zu Ober- u. Niederschlema an die Volksvertreter in beiden Kammern rücksichtlich des bisherigen und fernern Festhaltens an ihren Grundsätzen —
- 233) Besuch des Schmiedebesizers Friedrich Wilhelm Hiemann in Steinbach vom 5. Februar um Intercession bei der Staatsregierung wegen baldiger Vorlegung des in der ständischen Schrift vom 15. November v. J. beantragten